

## **Pressemitteilung 16.09.2010**

### **Gleichstellungspolitik in Sachsen vor dem Aus**

Der **Landesfrauenrat Sachsen** stellt fest, dass mit dem vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts für 2011 und 2012 die Erfüllung des Verfassungsauftrags zur Gleichstellung von Frau und Mann in Sachsen nicht mehr gewährleistet ist. Die Sächsische Staatsregierung plant, die Landesmittel für die Gleichstellung von Frau und Mann von 640.000 Euro auf 185.000 Euro im Jahr 2011 zu senken. Die Förderung der regionalen Gleichstellungsprojekte und der Öffentlichkeitsarbeit von Gleichstellungsbeauftragten soll komplett eingestellt werden.

**Dagmar Neukirch**, stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates stellt fest, dass seit dem Jahr 2003 die Förderung von gleichstellungspolitischer Arbeit durch den Freistaat kontinuierlich zurückgeht. Wurden damals noch mehr als eine Million Euro zur Verfügung gestellt, werden es im Jahr 2012 nur noch 150 000 Euro sein. Auch der Dachverband Landesfrauenrat Sachsen, in dem mehr als 40 Mitgliedsverbände aus der Frauen- und Gleichstellungsarbeit organisiert sind, soll eine Kürzung um 60% erfahren. Damit wird eine verantwortungsvolle politische Arbeit eines Dachverbandes nicht mehr zu leisten sein.

Die Staatsregierung benennt zwar immer wieder, dass die „Förderung und Durchsetzung von Chancengleichheit und Gleichberechtigung elementare Anliegen und Zielstellungen der Politik des Freistaates Sachsen“ sind, werden aber durch keinerlei praktische Politik untersetzt.

**Uschi Kruse**, Vertreterin der DGB-Frauen, weist darauf hin, dass die Sparorgie der Sächsischen Staatsregierung im Sozialbereich, vor allem für Frauen mit großen Benachteiligungen einhergeht. Zum einen stellen sie einen Großteil der von Stellenstreichungen betroffenen Sozialarbeiterinnen, zum anderen sind sie von den Kürzungen selbst am meisten mit betroffen, da sich diese vor allem bei den Familien summieren werden und zu Mehrbelastungen führen.

**Kristina Winkler**, die die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter vertritt, sieht in den geplanten Kürzungen ein problematisches politisches Signal. In Zeiten des demografischen Wandels, der im Freistaat durch zunehmende Abwanderung vor allem junger Frauen, durch Überalterung und einem schrittweise eintretenden Fachkräftemangel geprägt ist, muss ein gegensätzliches Signal an Kommunen erfolgen. Der Freistaat müsse durch eigenes Engagement und Vorbild zeigen, dass Gleichstellungsarbeit Verfassungsauftrag aller politischen Ebenen ist. Dies gilt auch in Zeiten knapper Kassen.

**Kerstin Lippold**, Geschäftsführerin des Landfrauenverbandes Sachsen, weist vor allem auf die sinkende Förderung der Frauen im ländlichen Raum hin. Sie sieht insbesondere die Förderung und Anbindung des ehrenamtlichen Engagements in Gefahr.

**Gemeinsam** appellieren sie nun an die Verantwortlichen in der CDU und FDP-Fraktion des Sächsischen Landtages, das Untergangsszenario nicht Realität werden zu lassen.

Der Landesfrauenrat wird am 18.09.2010 bei einem Sonderdelegiertentag in Dresden eine Resolution mit den Forderungen aller Mitgliedsverbände beschließen und danach allen Abgeordneten des Sächsischen Landtages zukommen lassen.